

NACHRICHTEN**Preise im Februar um 5,1 Prozent gestiegen**

Wiesbaden. Die Inflation in Deutschland hat im Februar wieder die Marke von fünf Prozent überschritten. Die Verbraucherpreise stiegen gegenüber Februar 2021, angeheizt von hohen Energiepreisen, um 5,1 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung mitteilte. Im Januar 2022 hatte die jährliche Teuerungsrate bei 4,9 und im Dezember 2021 bei 5,3 Prozent gelegen. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Preise im Februar um 0,9 Prozent. Haushaltsenergie und Spirit verteuerten sich im Februar innerhalb eines Jahres um 22,5 Prozent. *dpa/nd*

Kommentar Seite 8

Heil plant Aussetzen der Hartz-IV-Sanktionen

Berlin. Im Zuge der geplanten umfassenden Hartz-IV-Reform sollen einem Bericht zufolge bis zum Jahresende alle Sanktionen gegen Bezieher von Arbeitslosengeld II ausgesetzt werden. Dies geht aus einem Gesetzentwurf aus dem Hause von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hervor, wie das Portal »ThePioneer« am Dienstag berichtete. Es handele sich beim Aussetzen der Sanktionen um einen »Zwischenschritt zu einer gesetzlichen Neuregelung«, zitierte das Portal aus dem Entwurf, der demnach auf die Einführung des sogenannten Bürgergelds abzielt, das Hartz IV ersetzen soll. Bereits 2019 hatte sich das Bundesverfassungsgericht kritisch zu besonders weitgehenden Kürzungen geäußert. *AFP/nd*

Energieverbrauch in den Haushalten angestiegen

Wiesbaden. Haushalte in Deutschland haben im Jahr 2020 pro Monat im Schnitt 152 Euro für Heizöl oder Gas und Strom ausgegeben. Der Anteil der Energieausgaben an den gesamten Konsumausgaben betrug damit 6,1 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. In den fünf Jahren von 2014 bis 2019 stieg der Energiebedarf pro Kopf im Bereich Wohnen demnach um 7,3 Prozent. Fürs Heizen wurde in diesen fünf Jahren 8,6 Prozent mehr Energie pro Kopf verbraucht. Für Warmwasser benötigte jeder Mensch in Deutschland im Schnitt sogar 12,4 Prozent mehr Energie. Die Raumwärme verschlingt den Angaben zufolge mit 71 Prozent die meiste Wohnenergie. Die Angaben gelten für das Jahr 2019. *AFP/nd*

Tarifverdienste 2021 deutlich unter Inflation

Wiesbaden. Im vergangenen Jahr sind die Verdienste der Tarifbeschäftigten in Deutschland nur noch um 1,3 Prozent gestiegen. Dieser Wert, einschließlich der vereinbarten Sonderzahlungen, war der niedrigste seit Einführung der Auswertung im Jahr 2010, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag berichtete. Die Steigerung konnte den Anstieg der Verbraucherpreise von durchschnittlich 3,1 Prozent im vergangenen Jahr nicht annähernd wettmachen. Das gewerkschaftliche Böckler-Institut hatte eine Jahressteigerung der Tariflöhne von 1,7 Prozent errechnet. Als Gründe für die Entwicklung nannte das Bundesamt niedrigere Tarifabschlüsse, aber auch vergleichsweise hohe Sonderzahlungen im Vergleichsjahr 2020, als viele Beschäftigte Corona-Prämien erhalten hätten. *dpa/nd*

Bayer wieder in der Gewinnzone

Leverkusen. Nach herben Verlusten 2020 hat der Chemie- und Pharmakonzern Bayer im Jahr 2021 wieder Gewinn gemacht. Unter dem Strich stand ein Plus von einer Milliarde Euro, wie der Konzern am Dienstag mitteilte. Der Umsatz stieg im Vorjahresvergleich um 8,9 Prozent auf 44,1 Milliarden Euro, vor allem dank gestiegener Preise für Agrarprodukte wie Saatgut und für Pestizide. 2020 hatte Bayer einen Verlust von 10,5 Milliarden Euro gemacht. Grund waren vor allem die Rückstellungen im Streit um den glyphosathaltigen Unkrautvernichter Roundup in den USA in Höhe von über 23 Milliarden Euro und Wertberichtigungen im Agrargeschäft. *AFP/nd*

Mehr Demokratie wagen

In der institutionellen Langzeitpflege setzen sich nach und nach Formen des Miteinanders durch

Angeregt durch Konzepte des Kuratoriums Deutsche Altershilfe entwickelt sich in einigen Bereichen der Altenpflege eine Öffnung zu mehr Teilhabe und Mitbestimmung. Unter dem Slogan »Wohnen 6.0.« richten sich Träger ganz neu aus.

MARTIN HÖFIG

»Wir wollen radikal denken, ohne Denkvote«, betont Helmut Kneppel mehr als einmal. Dass es keine leere Koketterie ist, wenn der Vorstandsvorsitzende des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) sich beim Thema »Demokratisierung des Alterns« entsprechend auslässt, wird in seinen weiteren Ausführungen deutlich. Das KDA forscht seit mittlerweile 60 Jahren unabhängig und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten zum Thema gutes Leben im Alter. »Dadurch sind wir zur politischen Neutralität verpflichtet und das nutzen wir auch aus. Deshalb können uns auch nicht alle leiden«, sagt Kneppel und schmunzelt.

Mit dem Konzept »Demokratisierung des Alterns« setzt das KDA gewissermaßen am äußersten Ende des Lebensprozesses an – bei der so genannten Langzeitpflege. In dieser werden jene Menschen versorgt, deren Mobilität aufgrund des hohen Alters deutlich eingeschränkt ist, die unter Demenz oder anderen schweren Alterskrankheiten leiden. »Doch gerade in diesem Bereich wollen wir mehr Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen, denn diese sind der Kern von Würde – und zwar in jeder Lebensphase«, erläutert Kneppel.

In den vergangenen Jahren sind einige Stellschrauben bewegt worden, um die Heimversorgung alter Menschen zu verbessern. So wurden Verfahren zur Qualitätssicherung entwickelt, zusätzliche Betreuungsleistungen eingeführt, Einzelzimmerquoten erhöht, nicht zuletzt die Einführung eines neuen Personalbemessungssystems angeordnet. All dies aber gehört für das KDA und die mit ihm zusammenarbeitenden Altersforscher und -forscherinnen mehr oder weniger zur althergebrachten Ausrichtung der Heimversorgung. »Gerade vor dem Hintergrund des Hineinwachsens der Babyboomer-Generation in die dritte und vierte Altersphase und die dadurch bedingten quantitativen und qualitativen Anforderungen an Pflegeeinrichtungen bedarf es doch eher einer gänzlichen Neuausrichtung«, schreibt Ursula Kremer-Preis, Leiterin Fachbereich Wohnen und Quartiersentwicklung im KDA, in ihrer Belegtschrift zum Konzept »Wohnen 6.0.«

Das Konzept beinhaltet Punkte wie Barrierefreiheit während des gesamten Alterns oder die Zeitvorgabe, dass die neuralgischen Orte gerade im Alter – wie Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten oder Dienstleistungen – von allen in 30 Minuten erreichbar sein müssen. Doch vor allem geht es um Teilhabe durch Öffnung, indem beispielsweise bei der Quartiersplanung das Pflegeheim schon mitgedacht wird, um dieses als offenen Bestandteil des Viertels gestalten zu können. »Die Grundlagen des gesellschaftlichen Gefüges sind ja heute ganz andere als vor 100 oder auch noch vor 50 Jahren«, so Kneppel. Man müsse sich auch gedanklich endlich mal von Bismarcks Zeiten verabschieden.

Momentan gibt es drei Modellprojekte nach dem »Wohnen 6.0.«-Konzept in



An Pflegeheime angeschlossene Kindergärten wecken die Lebensgeister

Deutschland – in den Einrichtungen der Bremer Heimstiftung, in denen der Evangelischen Heimstiftung in Baden-Württemberg und in Bielefeld. »Wir sind ein heimkritischer Träger«, betont der Vorsitzende der Bremer Heimstiftung, André Vater, die alternative Ausrichtung der ihm unterstehenden Häuser. Es gehe ihm eher um Pflegegemeinschaften, die die jahrzehntelange Vereinzelung und das Abschieben von pflegebedürftigen alten Menschen durchbrechen. »In unseren Stadtteilhäusern beginnt das schon damit, dass wir neuen Bewohnern und Bewohnerinnen eine Einzugsbegleitung bieten, die sie von Anfang an mit allen Gegebenheiten unserer offenen Einrichtungen vertraut macht«, beschreibt Vater. Denn oft sei ja gerade der Umzug in ein Pflegeheim für die Betroffenen schon ein Altraum. In der neuen Umgebung fühlten sich viele hilflos und alleingelassen. Dieser Einzugsdepression müsse man schon mit Teilhabe- und Mitbestimmungsangeboten vorbeugen.

Das Stadtteilhaus St. Remberti in der Bremer Innenstadt ist so ein »Wohnen 6.0.«-Projekt. Markt, Theater, das idyllischen Wallanlagen – alles ist vom Stadtteilhaus nur wenige Minuten entfernt. Eingebettet in das historische St. Remberti-Stift und umgeben von grünen Innenhöfen und Gärten, bietet es sowohl ein lebendiges Miteinander in der Nachbarschaft als auch viele Möglichkeiten, sich zurückzuziehen und zu erholen. Die Appartements sind mit den eigenen Möbeln der Bewohner und nach deren Bedürfnissen eingerichtet, die Wege zur Apotheke, zum Arzt oder Bäcker sind kurz. Auch gibt es enge Kontakte zu benachbarten Einrichtungen wie der evangelischen Kirche oder der städtischen Begegnungsstätte. »Und alle unsere 30 Standorte in Bremen haben einen angeschlossenen Kindergarten, manche sogar zwei«, erzählt Vater. Die Lebendigkeit der spielenden Kinder ziehe die Bewohner förmlich nach draußen und gebe ihnen Vitalität. Für die Mitbestimmung und Teilhabe auch

von zum Beispiel demenzenden Bewohnern und Bewohnerinnen Sorge zudem die Integration von deren Angehörigen in alle Belange. »Und auch eine Demenz hat ja viele verschiedene Stufen, somit können sich einige der davon Betroffenen auch noch selbst einbringen als andere«, erläutert Vater. Einen Rahmen dafür bietet das sogenannte Bewohnerparlament, das den schon bekannten Heimbeiräten ähnlich ist. Auch hier können Personen von außen, also aus der Nachbarschaft oder dem Stadtteil, Einfluss auf die Gestaltung in den Häusern nehmen.

Das KDA orientiert sich mit seinen Ideen zum demokratischen Altern auch an entsprechenden Modellen im Ausland. Besonders hervorzuheben ist hier das niederländische »Buurtzorg«-Projekt. Buurtzorg bedeutet auf Deutsch Nachbarschaftshilfe und ist ein ambulanter Krankenpflegedienst mit inzwischen 10 000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Im Jahr 2007 hatte der Dienst mit gerade einmal vier Pflegekräften und einer Idee begonnen. Seitdem werden in den Niederlanden Pflegefachkräfte verstärkt für den Einsatz in ihrer Nachbarschaft ausgebildet.

»Ich denke, in den nächsten fünf, sechs, sieben Jahren werden sich da die Konzepte von »Wohnen 6.0.« immer mehr durchsetzen.«

André Vater Bremer Heimstiftung

Der niederländische Krankenpflegedienst Buurtzorg beschreibt die Idee so: »Gebt den berufenen Gemeindemitgliedern ihre Berufung zurück und schaut, dass alle Rahmenbedingungen erfüllt sind. Wenn sie nämlich mit ihrer Arbeit glücklich sind, sind es auch die Patienten, deren Familien und Angehörige.« In Erweiterung des Buurtzorg-Modells möchte es auch das KDA nicht den einzelnen Pflegekräften überlassen, Angehörige, Freunde und Nachbarn einzubeziehen. Dazu brauche es stabile Rahmenbedingungen »und vor allem auch Kümmerei«, betont KDA-Vorstand Kneppel. Die Demokratisierung sei ein Auftrag an die Kommunen, an die politischen Entscheidungsträger, die sich der Pflege wieder annehmen müssten. »Das ist eine Haltungs- und Kulturfrage. Die Pflege darf kein Spekulationsobjekt sein, der Staat ist für die Daseinsfürsorge verantwortlich«, appelliert er. Aber beispielsweise auch die Bau- und Wohnungsgenossenschaften seien direkte Ansprechpartner.

Letztlich gehe es um die Frage, ob die Gesellschaft die Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreife oder nicht. Der aktuelle Diskurs zur Pflege reform greift da nach Kneppels Meinung viel zu kurz. »Pflege besteht doch nicht nur aus Finanzierungsfragen«, sagt er lapidar. Nach Meinung des Vorsitzenden der Bremer Heimstiftung, André Vater, geht es allerdings etwa 50 Prozent der Träger in Deutschland allein um Rendite. »Da ist die Politik gefragt, dem Einhalt zu geben«, sagt er. Angesichts der anderen etwa 50 Prozent im Pflegebereich aktiven Träger ist Vater ziemlich optimistisch: »Ich denke, in den nächsten fünf, sechs, sieben Jahren werden sich da die Konzepte von »Wohnen 6.0.« immer mehr durchsetzen.«

Blutholz durch die Hintertür

Noch immer gibt es illegale EU-Importe von Teakholz aus Myanmar / Artenschutzübereinkommen könnte das ändern

Aktuell diskutiert die EU über die Sorgfaltspflicht in den Lieferketten. Damit könnte die bisherige Import-Verordnung für Holz abgelöst werden.

SARAH TEKATH, AMSTERDAM

Es glänzt, ist langlebig und robust: Teakholz aus Myanmar ist besonders für die Decks von Yachten beliebt und entsprechend teuer. Doch für diese Kundschaft spielt der Preis keine Rolle, es geht um Prestige. Das verspricht hohe Gewinnmargen für Teakholzhändler*innen. Dabei ist der EU-Import verboten, wenn nicht belegt werden kann, dass nachhaltig bewirtschaftet und legal abgeholzt wurde. Das Holz findet trotzdem seinen Weg.

Zur Bekämpfung von illegalem Holzeinschlag und Handel trat bereits 2013 die Holzhandelsverordnung der EU (EUTR) in Kraft. Diese ist mit der sogenannten Sorgfaltspflicht für die Marktteilnehmenden verbunden, legale Herkunft und Nachhaltigkeit nachzuweisen.

In Deutschland ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Kontrolle zuständig. Die erklärte nach einer Prüfung aller Firmen 2013, »dass ein EUTR-konformer Import von Teak aus Myanmar nicht möglich ist«. Entsprechende Importe würden einen Verstoß gegen die EUTR bedeuten. Zur Sicherheit werden weiterhin

Stichproben von Holzimporten durchgeführt. Die BLE schickt die Proben zur Untersuchung an das Thünen-Institut, das angegliedert ist an das Landwirtschaftsministerium. Dank der weltweit größten Sammlungen können dort Holzproben verglichen werden, um anhand anatomischer Strukturmerkmale und genetischer Marker Art und Herkunft zu bestimmen.

Allerdings hat die Stichproben-Methode einige Schwachstellen. »Bei Holzlieferungen ist es oft so, dass die Stämme vermisch werden, da Unternehmen ihr Holz kombinieren«, sagt Faith Doherty von der Umweltschutzorganisation Environmental Investigation Agency (EIA). Ein weiteres Problem ist die Menge von Holzimporten. »In Deutschland importieren rund 20 000 Marktteilnehmer Holzprodukte. Davon werden jährlich ca. ein bis drei Prozent von der zuständigen Behörde geprüft«, sagt Gerald Koch vom Thünen-Institut. »Nicht jedes Holzprodukt kann getestet werden. Es ist ja nicht nur Massivholz, sondern es sind auch Holzwerkstoffe, Faserplatten, Papier und fertige Möbel.« Problematisch sei außerdem, dass viele Holzprodukte wie Musikinstrumente, Kinderspielzeug, Werkzeugstiele oder Holzkohle nicht der EUTR unterliegen.

Übernehmen andere Mitgliedsstaaten die Ersteinfuhr in den EU-Markt, gelten die nati-

onalen Verordnungen. »Es gibt einige Mitgliedsländer, deren nationale Gesetzgebung kein unverzügliches und effektives Vorgehen erlaubt, wenn Holz importiert wird«, kritisiert die BLE. »Hier weist ein vordergründig gutes Sorgfaltspflichtsystem unter Umständen bei genauem Hinsehen deutliche Schwächen sowie ein großes Risiko für illegalen Holzeinschlag auf. In manchen Mitgliedsländern wäre eine Intensivierung der Kontrolltätigkeit und/oder eine Verschärfung der nationalen Gesetzgebung erforderlich.«

Das Thünen-Institut bestätigt das. »Die ungleichmäßige Umsetzung in den EU-Ländern ist das Problem«, sagt Koch. »In einigen Ländern wird die Sorgfaltspflicht lockerer ausgelegt. In Deutschland werden derzeit keine Dokumente und Zertifizierungen anerkannt, die glaubwürdig die Legalität und Nachhaltigkeit von Myanmar-Teak belegen. Aber dasselbe Dokument würde vielleicht in Südosteuropa akzeptiert werden.«

Tatsächlich wurde 2021 gesägtes Teak aus Myanmar in die EU importiert. Offizielle Zahlen von Eurostat zeigen in der ersten Jahreshälfte Importe zwischen 1,5 und 2 Millionen Euro monatlich. Hauptimporteur ist Italien, es folgen Kroatien, Polen und Griechenland. Ist im Jahresverlauf vielerorts eine Abnahme der Importe zu erkennen, importiert Italien das ganze Jahr über. Der monatliche Wert der

Importe ist von rund 1,5 Millionen im Juni auf rund 450 000 Euro im November 2021 gesunken. Die Umweltgruppe EIA hat insgesamt 27 italienische Unternehmen identifiziert, die 2021 Teak aus Myanmar importiert haben. Damit hat Italien einen immensen finanziellen Vorteil gegenüber EU-Unternehmen, die sich an die Richtlinien halten.

Eine Lösung sieht Koch einzig darin, Naturwaldteak aus Myanmar auf die Liste des Washingtoner Artenschutzübereinkommens zu setzen. Dies funktioniert aber nur, wenn das Erzeugerland mitarbeite. »Das wird die Militärdiktatur nicht unterstützen, weil sie Teak als wichtige Devisenquelle sieht.«

Im vergangenen November hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag für entwaldungsfreie Lieferketten vorgestellt. Parallel wird ein europaweites Lieferketten-gesetz diskutiert, das unternehmerische Sorgfaltspflichten sektorenübergreifend verankern soll. »Es kann also sein, dass es die EUTR mit den aktuellen Richtlinien in zwei oder drei Jahren so nicht mehr gibt«, sagt Koch. »Aber wir müssen sehen, ob auch alle Partner mitziehen.« Ein anderes Ende ist aber abzusehen, auch wenn es ein zynisches ist. »Das Problem des Imports von Naturwaldteak wird sich in ein paar Jahren von selbst erledigt haben«, erklärt der Experte. »Dann gibt es nämlich keines mehr.«